Nr. 104a. 37. Jahrgang. **Parlaments-Ausgabe** Berlin, 27. Februar 1908

Berliner Tageblatt

Herrenhaus.

5. Sitzung vom 26. Februar.

(Ausführlicher Bericht.)

Am Ministertische: Freiherr v. Rheinbaben, v. Arnim, Moltke, Beseler, v. Löbell.

Das Haus ist sehr stark besetzt, die Zribünen sind überfüllt.

In der Hofloge wohnt der Kronprinz in Begleitung des Geheimen Oberregierungsrats v. Falkenhayn und zweier Offiziere der Verhandlung bei.

Präsident Freiherr **v. Manteuffel**

eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Zweite Beratung der Ostmarkenvorlage.

Die Regierung hat am vorigen Sonnabend dem Herrenhause eine Denkschrift zugehen lassen, die **die Beschlüsse der Kommission** (vergl. Abendblatt) **als völlig unannehmbar bezeichnet,** da sie den Zweck der gesamten Enteignungsvorlage illusorisch machen würde.

Die Beratung beginnt mit den grundlegenden §§ 13 und 13a.

Es ist ein **Abänderungsantrag v. Wedel-Piesdorf** eingegangen, wonach die Enteignung solcher Grundstücke nicht erfolgen darf, deren Besitzer zurzeit des Inkrafttretens des Ansiedelungsgesetzes, also am 26. April 1886, als Eigentümer im Grundbuche eingetragen waren, oder von Grundstücken, deren Besitzer das Eigentumsrecht an dem Grundstück erworben haben: 1. auf Grund eines Ueberlassungsvertrages mit seinen Eltern, Voreltern oder seinem Ehegatten; 2. als Ehegatte oder als Erbe erster und zweiter Ordnung im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches, sofern die betreffenden Vorbesitzer das Grundstück vor dem Inkrafttreten des Gesetzes von 1886 als Eigentümer besessen haben.

Während der Ausführungen des

Berichterstatters Dr. **v. Burgsdorff,**

der eingehend über die Verhandlungen der Kommission berichtet (vergleiche Abendblatt), hat sich der Präsident v. Manteuffel zu dem Kronprinzen in die Hofloge begeben; der Kronprinz unterhielt sich lebhaft mit dem Präsidenten und ließ sich anscheinend Aufschluß über manche Einzelheiten des Hauses geben. Nach dem Freiherrn v. Manteuffel zog der Kronprinz auch den Präsidenten des Abgeordnetenhauses v. Kröcher ins Gespräch.

Landwirtschaftsminister **v. Arnim:**

Man muß sich die Frage vorlegen: Ist die polnische Frage auf friedlichem Wege, also durch eine Versöhnungspolitik zu lösen und, wenn die Frage verneint wird, welche Mittel sind von seiten des Staates anzuwenden? Die erste Frage ist aufs entschiedenste zu verneinen, weil nicht nur die Geschichte aller Völker, sondern auch die Geschichte unserer polnischen Landesteile im besonderen lehrt, daß ein Volk sein Streben nach Selbständigkeit nie freiwillig aufgibt. Blicken wir nur um uns herum, da haben wir die Nationalitätenkämpfe auf dem Balkan, in Oesterreich-Ungarn und in Irland. Selbst bei Völkern von so niedriger Kulturstufe wie in unseren Kolonien sehen wir das Streben nach Selbständigkeit. Dasselbe trifft bei so eng miteinander verbundenen Völkern wie Schweden und Norwegen zu. So ist auch in der ganzen Entwickelung unserer polnischen Landesteile

das Streben der Polen nach nationaler Selbständigkeit

nie zur Ruhe gekommen. Ich erinnere an die Politik Friedrich Wilhelms III. von 1815 bis 1830. Fürst Radziwill hat schon in der ersten Lesung auf die Tätigkeit seines Großvaters hingewiesen. Wir wissen, daß der damalige Fürst Radziwill in der ehrlichen Weise versucht hat, die Polen für den preußischen Staat zu gewinnen und in den polnischen Landesteilen zu einem modus vivendi zu kommen. Dies ehrliche Streben ist aber vollständig gescheitert. Ich erinnere weiter an die Versuche Friedrich Wilhelms IV. von 1840 an, denen die Aufstände von 1846 und 1848 gefolgt sind. Ich erinnere an die versöhnliche Politik bis 1886. All unsere Versöhnlichkeitsbestrebungen führten zu Mißerfolg auf Mißerfolg, und zwar deshalb, weil man von der falschen Voraussetzung ausging, daß das polnische Volk in freundschaftlicher Weise zu bewegen sein werde, von seinen nationalen Idealen abzugehen. Hätten wir die kolonisatorische Politik Friedrichs des Großen fortgesetzt, hätten wir vor allen Dingen in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts den Menschenstrom, der sich nach Amerika ergoß, in unsere Ostmarken zu leiten verstanden, die polnische Frage wäre heute gelöst.

Daß also die polnische Frage ohne Kampf zu lösen ist, muß rundweg verneint werden. Welche Mittel muß nun aber der Staat aufwenden, um zu seinem Ziele zu kommen? Um diese Frage zu beantworten, müssen wir uns darüber klar werden, worin denn eigentlich die polnische Gefahr besteht. Die großpolnische Bewegung nimmt an Intensivität zu in dem Maße, in dem Wohlstand und Bildung bei der polnischen Bevölkerung zunehmen. Das nationale Selbstbewußtsein wird dadurch gestärkt. Gegen diesen Prozeß, den wir bei allen Völkern beobachtet haben, kann der Staat direkt nichts tun. Wirtschaftliche Stärkung und kulturelle Hebung des polnischen Volkes und Verdrängung der Deutschen in der Ostmark sehen die Polen als Vorbereitung für den Tag an, den sie ersehnen als den Tag der Befreiung. Gegen die Bestrebungen auf wirtschaftliche Stärkung und kulturelle Hebung ist ja kaum etwas einzuwenden. Ist doch der preußische Staat selbst eifrig bestrebt gewesen, die polnische Bevölkerung zu heben. Darin kann ich auch eine wesentliche Vergrößerung der polnischen Gefahr nicht erblicken, denn in dem Maße, in dem die ganze Lebenshaltung der Polen zunimmt, verringert sich auch für die Polen die Möglichkeit, sich von den Deutschen abzuschließen und die Deutschen durch Unterbietung zu verdrängen. Die eigentliche Gefahr der polnischen Bestrebungen liegt **auf politischem Gebiete** nicht einmal dann, wenn etwa versucht werden sollte, Polen von Preußen loszureißen, als vielmehr dann, wenn Preußen selbst in Gefahr ist, und wo dann die ganze Stoßkraft der polnischen Bewegung an der Grenze gefährlich werden kann.

Diese Gefahr kann nur verringert werden durch

Zunahme der deutschen Bevölkerung in den Ostmarken.

Nur in der deutschen Kolonisation haben wir ein wirksames Mittel gegen diese Gefahr. Die starke Volksvermehrung der Polen hat ihren wahren Grund in der starken ländlichen Bevölkerung. Daß das polnische Volk an und für sich fruchtbarer sei als das deutsche, ist zunächst durch nichts bewiesen. Nur im allgemeinen ist richtig, daß ein Volk auf niedrigerer Kulturstufe fruchtbarer ist, und daß aus diesem Grunde heute noch eine etwas stärkere Vermehrung der Polen stattfindet. Mit der zunehmenden Lebenshaltung der Polen wird sich dies aber ausgleichen.

Wir haben also in der Ansiedelungstätigkeit das notwendige Abwehr- und Kampfmittel allein. Von keiner Seite ist bisher ein anderes Mittel genannt worden. Daß die Ansiedelungstätigkeit das einzig wirksame Mittel zur Beseitigung der Polengefahr ist, kann man an dem fanatischen Kampf der Polen gegen diese Tätigkeit erkennen, ebenso an der Schaffung der polnischen Parzellierungsbank, um deutschen Grundbesitz uns zu entreißen.

Gegen das Ansiedelungswerk, das als ein Kulturwerk ersten Ranges anerkannt worden ist, wird angeführt, daß nur mit ihm sehr wenig polnischer Besitz in deutsche Hände gelangt ist. Das kann man aus dem Ergebnis der Ansiedelungstätigkeit nicht schließen, sondern nur, daß es richtiger gewesen wäre, die Enteignungsvorlage früher einzubringen. Wir brauchen Land zur Ansiedelung und das können wir jetzt nur noch durch die Enteignung bekommen. Die Polen haben keinen Grund, sich zu beklagen, wenn sie jetzt in einen Kampf, den sie selbst heraufbeschworen haben, verwickelt werden. (Fürst Bülow betritt den Saal.)

Nach den Beschlüssen der Kommission

schrumpft die Möglichkeit, polnischen Besitz zu bekommen, auf ein Minimum zusammen. Nach der Berechnung des Berichterstatters würden uns allerdings 60- bis 70,000 Hektar zur Verfügung stehen, aber diese Berechnung ist nicht richtig, es würden nach den Kommissionsbeschlüssen in Wirklichkeit nur 20,000 Hektar sein. Damit aber wäre die Vorlage so weit abgeschwächt, daß die Enteignung nicht mehr als ein wirkungsvolles Mittel anzusehen wäre. Das Ziel der Ansiedelung einer deutschen Landbevölkerung würde dann nicht mehr erreicht werden. Die Regierung muß aber den Hauptwert auf einen planmäßigen Ausbau ihres Ansiedelungswerkes legen. Auf einen freihändigen Erwerb polnischen Besitzes im größeren Umfange können wir nicht rechnen, wir bedürfen dazu durchaus der Enteignung. Von diesem Gesichtspunkt aus können wir auch den Antrag v. Wedel nicht als ein brauchbares Mittel ansehen. Die Regierung bittet Sie, **unter Ablehnung der Kommissionsbeschlüsse und unter Ablehnung des Antrages v. Wedel die Vorlage in der Fassung des Abgeordnetenhauses anzunehmen.**

Außer dem bereits mitgeteilten Antrag v. Wedel ist noch ein genügend unterstützter

Antrag Adickes-Schmoller

eingegangen:

Das Haus wolle beschließen, unter Ablehnung der §§ 13 und 13a der Kommissionsbeschlüsse den Absatz 1 des § 13 in der Fassung des Abgeordnetenhauses anzunehmen und folgenden neuen Absatz 2 anzufügen:

Ausgeschlossen ist die Enteignung a) von Gebäuden, die dem öffentlichen Gottesdienst gewidmet sind, und von Begräbnisstätten, b) von Grundstücken von Religionsgesellschaften, denen Korporationsrechte verliehen sind, sofern das Eigentumsrecht vor dem 26. Februar 1908 vollendet war, c) von Grundstücken im Eigentum von milden Stiftungen, sofern das Eigentumsrecht vor dem 26. Februar 1908 vollendet war.

Graf **Mirbach:**

Das Nationalitätenprinzip, das im Jahre 1859 Napoleon III. proklamierte, hat in fast allen Großstaaten zu den schwierigsten Kontroversen geführt, zum Beispiel in Oesterreich-Ungarn, Rußland, Großbritannien, und auch wir begegnen in unserer polnischen Frage dieser Schwierigkeit. Damals vollzog sich die Organisation der großpolnischen Bewegung. Es kam aber in dieser Zeit noch nicht zu Differenzen zwischen Polen und Preußen; es bestanden im Gegenteil die allerherzlichsten Beziehungen zwischen den beiden Nationen. Die Schärfe der großpolnischen Bewegung trat erst ein, als wir an die Ansiedelungsfrage herangingen durch die Ansiedelungskommission. Die Organisatoren der polnischen Bewegung bekamen durch dieses Vorgehen der preußischen Staatsregierung eine wirksame Waffe in die Hand. In der Denkschrift der Ansiedelungskommission vermisse ich die Debetseite, nämlich daß durch das Werk der Ansiedelungskommission

die polnische Bevölkerung zusammengeschweißt

ist und die polnische Bewegung eine Verstärkung erfahren hat. Durch die Ansiedelungspolitik sind die Polen wirtschaftlich gestärkt worden. Wenn nun die Regierung vom Landtag das Recht der Enteignung erbittet, so liegt doch darin das Zugeständnis eines teilweisen Mißerfolges unserer Ansiedelungspolitik.

Wenn Fürst Bülow im Abgeordnetenhause erklärt hat, das Gesetz von 1874 gewähre die Befugnis einer Enteignung auch auf diesem Gebiet, so hat der Gesetzgeber von 1874 zweifellos garnicht an eine allgemeine Enteignung gedacht, wie sie hier geplant ist. Zwischen dem Gesetz von 1874 und diesem Gesetz besteht ein himmelweiter Unterschied. Es ist bekannt, daß die baltischen Deutschen die treuesten Untertanen des Zaren sind, aber welch ein Entrüstungssturm würde sich erheben, wenn Rußland nun mit einer Enteignungsvorlage gegen sie vorgehen würde. Wir sollten hier nach dem Grundsatz handeln: Was du nicht willst, daß man dir tu', das füg' auch keinem andern zu! (Beifall.) Derjenige, der den Gedanken der Enteignung angeregt hat, hat der preußischen Regierung keine guten Dienste geleistet. Die Enteignungsfrage ist eine Gewissensfrage; wir dürfen den Polen nicht den berechtigten Schutz des Eigentums entziehen. In der Politik kann man nicht immer nach den Grundsätzen der christlichen Lehre handeln, und man könnte vielleicht die Vorlage mit Rücksicht auf die äußere Politik für notwendig halten, wenn ein durchschlagender Erfolg garantiert wäre. Aber ich bestreite auf das entschiedenste, daß dieser Erfolg eintreten wird. Die Enteignung wird zur Folge haben eine

Verschärfung und Vertiefung der polnischen Frage,

wie wir sie noch nicht erlebt haben. Gibt es ein wirksameres Agitationsmittel, als wenn man den Polen sagt: Ihr seid jetzt rechtlos, Euer Eigentum wird aus politischen Gründen in Frage gestellt? Ausländische Agitatoren werden diese Waffe auf das schärfste benutzen. Ich kenne die slawische Gefahr sehr wohl, aber ich bitte, mich nicht für nichtnational und für unpatriotisch zu halten, wenn ich mich gegen die Enteignung wende. Diejenigen irren, welche behaupten, daß Fürst Bismarck für eine derartige Enteignung sich erklärt haben würde. Fürst Bismarck hat aufs schärfste die unbedingte Notwendigkeit des Schutzes des Eigentums betont.

Die Mittel zur Stärkung der inneren Kolonisation wollen wir der Regierung nicht versagen. Wir sollten den Versuch machen, die Mittel, welche diese Vorlage verlangt, zu verwenden zur wirtschaftlichen Stärkung der angesessenen deutschen Bevölkerung im Osten. Ich möchte mich gegen den Vorwurf verwahren, als wenn wir die Staatsregierung und den Fürsten v. Bülow zu unterstützen nicht geneigt wären. Ich persönlich habe bei jeder Gelegenheit die Verdienste des Reichskanzlers im vollsten Umfange anerkannt, sowohl in der auswärtigen wie in der inneren Politik, und mit mir alle meine Parteigenossen in diesem Hause und außerhalb des Hauses. Trotzdem kann man in einer einzelnen Frage, in einer Gewissensfrage anderer Meinung sein. **Wir sehen in der Enteignung eine Gefahr und bitten, die Enteignung abzulehnen und im übrigen den Entwurf anzunehmen.** (Beifall.) Der Redner beantragt namentliche Abstimmung über den § 13a sowie über den Antrag v. Wedel.

Oberbürgermeister Dr. **Wilms**-Posen

bespricht die Politik der Ansiedelungskommission. Erfreulich seien ihre Erfolge auf dem Gebiete der Germanisierung und Protestantisierung der polnischen Landesteile. Durch die Enteignungsvorlage werde aber in den östlichen Provinzen Mißtrauen gegen die Regierung erregt. Die Enteignung, wie sie von der Regierung und dem Abgeordnetenhause vorgeschlagen wird, sei doch allzu sehr bedenklich. Der Redner schließt mit der Bitte, **die Kommissionsbeschlüsse des Hauses anzunehmen.**

Staatsminister **Lucius v. Ballhausen:**

Es ist unrichtig, daß durch die Ansiedelungspolitik die polnische Agitation erst hervorgerufen wurde. Ursprünglich hat der Ansiedelungskommission der Gedanke der Enteignung völlig fern gelegen. Es war zunächst beabsichtigt, großpolnischen Grundbesitz aufzukaufen. Erst in zweiter Linie dachte man daran, zu parzellieren. In den ersten fünfzehn Jahren ist die Ansiedelungspolitik auf diesem Wege gegangen. Später wurde eine andere Taktik eingeschlagen, und es wurde überwiegend deutschen Großgrundbesitz erworben. Diese Entwickelung ist auch hier im Hause mehrfach bekämpft worden. Es kam aber zu keinem stärkeren Widerstande, weil man der Regierung nicht direkt in die Arme fallen wollte. Die Preise wurden durch diese Politik auf Drei- und Vierfache erhöht. Für die Ansiedler wurde dadurch die Existenzfähigkeit stark vermindert, denn sie mußten außergewöhnlich hohe Pachtpreise zahlen. Die Denkschrift gibt ein erschreckliches Bild, das sich von jeder Schönfärberei freihält. Unzweifelhaft hat sich das ganze wirtschaftliche Niveau der Ansiedelungsprovinzen erheblich gehoben. Trotzdem muß man sich sehr überlegen, ob man auf dem betretenen Wege fortschreiten darf. Die Regierung verlangt die Enteignung. Ich habe dagegen dieselben Bedenken wie Graf Mirbach; sie ist

ein Eingriff in das persönliche Recht,

wie er schwerer nicht gedacht werden kann. Es wird immer angeführt, auch Bismarck habe sich für die Enteignung ausgesprochen. Er habe die zitierte Aeußerung aber in einem ganz anderen Zusammenhange getan, als es sich um Expropriationen zu Zwecken der Eisenbahnen usw. handelte. Es handelte sich damals im Jahre 1886 um einen Antrag Achenbach auf Stärkung des Deutschtums. Von einer Enteignung war aber keine Rede; auch die preußische Regierung hat daran nicht gedacht. (Hört, hört!)

Nun darf man ein so großes Werk, wie das der Ansiedelungskommission, nicht etwa kurzer Hand abbrechen. Eine Fortführung und ein teilweiser Abschluß dieser Tätigkeit ist erforderlich. Man soll aber in einem langsamerem Tempo vorgehen und den Ankauf aus deutschen Händen möglichst ganz ausschließen. (Beifall.) Wenn man noch an Land zwei Jahre Vorrat hat, so liegt gar kein Grund vor, daß man, nur um den großen Beamtenkörper zu beschäftigen, weitere Ankäufe macht. (Beifall.) Man will Deutsche aus Rumänien, Galizien, Russisch-Polen usw. zur Rückwanderung nach den polnischen Landesteilen veranlassen. Ich würde es für vorteilhafter halten, sie von dort fernzuhalten, denn sie bringen keine deutsche Kultur mit. (Beifall.) Wir sollten deutsche Ansiedler aus dem Westen herbeiziehen. Die Vorteile für sie sind doch sehr groß. Sie finden ein fertig gemachtes Heim vor. Die kleinen Besitzer müssen entschuldet werden durch Gewährung von Darlehen zu billigem Zinsfuß. Das ist ein Weg, der gangbar ist. Mit dem, was durch die Vorlage ohne die Enteignung bewilligt wird, wird das Ansiedlungswerk nicht eingestellt, sondern nur in andere Bahnen geleitet. Wir wollen die Ansiedlungspolitik fortführen und schließlich zu einem Abschluß bringen.

Ein Universal- und Radikalheilmittel für die Lösung der polnischen Frage gibt es nicht. Wir müssen uns wohl oder übel mit den polnischen Staatsbürgern abfinden, wenn sie sich ihren Pflichten unterordnen, wie es ja die Regel ist. Es ist ja kein Zweifel, daß Preußen die polnischen Landesteile stets behaupten muß, wenn ein Aufstand ausbrechen wollte, so wäre es eine Existenzfrage für Preußen, keine Schonung aufzugeben. Zu einem bewaffneten Aufstande ist es ja seit 60 Jahren nicht gekommen. Es ist also eine übertriebene Besorgnis, daß die polnischen Provinzen uns über Nacht verloren gehen könnten. Die polnischen Untertanen müssen aber dasselbe Recht haben wie die anderen Preußen. Ich empfehle Ihnen die Vorlage **unter Ausschluß der Enteignung.** (Beifall.)

Graf **Mirbach**

erklärt, daß er nicht gesagt habe, daß vor 1886 keine polnische Bewegung bestanden hat.

Ministerpräsident Fürst **Bülow:**

Meine Herren! Graf Mirbach hat sich in seinen Ausführungen auf den Eindruck berufen, den unsere Vorlage im Auslande hervorgerufen hat. Da ich diese Betrachtung neuerdings auch in der Presse gelesen habe, möchte ich zunächst über diesen Punkt einige Worte sagen:

Unsere innere Politik kann nicht von den Wünschen des Auslandes abhängen,

die Maßnahmen, die wir im Innern treffen, können nicht nach ausländischen Gesichtspunkten eingerichtet und auf ausländisches Urteil zugeschnitten werden. (Beifall.) Mein großer Amtsvorgänger Fürst Bismarck hat mehr wie einmal ausgeführt, daß Rücksichten und Erwägungen der auswärtigen Politik niemals dahin führen dürften, die volle Bewegungsfreiheit eines Staates im Inneren, seine Selbständigkeit und Souveränität irgendwie zu beeinträchtigen. Als Bismarck das aussprach, zog er die Schlußfolgerungen, zu denen das moderne Völkerrecht und die Politik unserer Tage mehr und mehr gelangt ist. Früher stand es anders. Früher bestand eine gewisse Neigung, sich in die inneren Verhältnisse anderer Staaten einzumischen. Die große französische Revolution suchte zu Ausgang des 18. Jahrhunderts Propaganda nach außen zu treiben und ihre Ideen anderen mit Gewalt aufzudrängen, und als 1814 die Heilige Allianz aufkam, verfiel sie in denselben Fehler, was bekanntlich zu mancherlei Differenzen geführt hat. Heute überwiegt die Ansicht, daß jeder Herr im eigenen Hause ist, daß jeder sein Recht zu wahren, sich aber auch nicht in die inneren Verhältnisse anderer Länder einzumischen hat. An diesem Grundsatz wird im allgemeinen auch festgehalten. Nur aus gegenüber glaubt man sich hier und da eine Abweichung davon erlauben zu können. (Sehr richtig!) Auch andere Länder haben im Laufe der letzten Jahrzehnte manche Maßnahmen getroffen, die nicht allgemeinen Anklang in der Welt fanden, ich kann mich aber nicht erinnern, daß sie deshalb derartig angegriffen und so zur Rechenschaft gezogen wären wie wir. Ich will nicht untersuchen, inwieweit es eine Folge unserer vielfach unglücklichen Geschichte ist, die so oft Anlaß zur Einmischung in die inneren deutschen Verhältnisse gegeben hat. Ich will nur feststellen, daß anläßlich dieser Vorlage

fremde Schriftsteller, fremde Dichter und Kritiker

deren Renommee unsere Schriftsteller verbreitet haben, sich Angriffe auf uns herausgenommen haben, die sie sich anderen gegenüber nicht leisten dürften. Wer den Dingen tiefer auf den Grund geht, der kann sich nicht verhehlen, daß an solchen Erscheinungen wir selbst einen

Teil der Schuld tragen, die wir alles Fremde so gern bewundern, so sehr hochschätzen, vor allen Fremden platt auf dem Bauch liegen, aber alle Schrullen uns gegenüber ruhig ertragen. Es ist gut, jedes Wetterzeichen am Horizont der auswärtigen Politik zu beachten, aber was ich jetzt sage, sage ich selbstverständlich nicht gegen den Grafen Mirbach, sondern für den Teil der Presse, den glücklicherweise kleinen Teil, der anläßlich dieser Vorlage mit dem Auslande operiert — vor jeder Stimmung des Auslandes zu erbeben, ist nicht die Art großer Völker. (Beifall.)

Es ist unsere Pflicht, in einer ruhigen und richtigen auswärtigen Politik uns Vertrauen und Achtung zu erwerben und mitzuarbeiten an den großen gemeinsamen Aufgaben der Zivilisation. Aber alle üblen Nachreden abzuschneiden, ist weder dem einzelnen möglich noch einem ganzen Volke. Wir sollten gegenüber dem, was das Ausland sagt, sei es Lob, sei es Tadel, uns eine größere Gleichgültigkeit angewöhnen. (Sehr richtig!) Wir sollten uns weder durch fremdes Lob noch durch fremdes Lob aus dem Häuschen bringen lassen. Wir sollten nicht über jeden fremden Tadel in hochgradige Erregung geraten, was nicht ein Zeichen von selbstbewußter Kraft ist, sondern von übertriebener Höflichkeit. Noch schlimmer ist es, wenn andere solche abfälligen Urteile des Auslandes mit Behagen weitertreten und weiter verbreiten. Wir müssen uns

mehr ruhiges Nationalgefühl

in dieser Beziehung angewöhnen, mehr trotzige Entsagung üben.

Der Landwirtschaftsminister hat Ihnen in eingehender und, wie ich glaube, in überzeugender Weise dargelegt, daß die Regierung in den Beschlüssen Ihrer Kommission eine Verbesserung der Vorlage nicht zu erkennen vermag. Mit der Waffe, die uns geboten wird, kann eine Niederlage des Deutschtums in dem Kampfe um den Boden der Ostmark auf die Dauer nicht abgewehrt werden. Die Mängel in den Beschlüssen Ihrer Kommission liegen darin, daß Sie uns zu wenig Land geben, daß Sie auf diese Weise uns wieder zu unplanmäßigen Ankäufen zwingen, daß Sie so die Verstärkung deutscher Ansiedelungen erschweren, und daß Sie endlich nicht imstande sind, eine wirkliche Beruhigung der unhaltbaren Vorgänge und unhaltbaren Verhältnisse auf dem Gütermarkte der Ansiedelungsprovinzen herbeizuführen.

Aus den Reden des Grafen v. Mirbach und des Freiherrn v. Lucius habe ich manche Kritik über diese Vorlage herausgehört. Kritik — daran fehlt es nicht in unserer Zeit. Kritik — die gern geleistet wird, die hört man gern. Ich bin aber bisher keinem konkreten und positiven Vorschlage begegnet, der uns die Sicherheit böte, hier Wandel zu schaffen. (Sehr wahr!) Die Unhaltbarkeit der bestehenden Zustände wird ziemlich allgemein anerkannt; aber ein praktischer und gangbarer Weg zu ihrer Besserung wird nicht gezeigt.

Die Regierung fordert die Enteignung, weil sie dieses für ein hartes, aber für das allein wirksame Mittel hält. Ihre Kommission hat in ihrer Mehrheit anerkannt, daß die Enteignung notwendig ist. Sie hat diese Maßregel aber so beschränkt, daß ihre Wirksamkeit darunter leidet. Greift man aber zu einer Ausnahmemaßregel, zu einer, wie ich vollkommen zugebe, harten Maßregel, so muß man auch des vollen Erfolges sicher sein und darf die Maßnahme nicht so sehr abschwächen, daß das Odium bleibt, die Wirkung aber ausbleibt und die Maßnahme versagt. (Beifall.)

Seitdem ich Ministerpräsident bin, bin ich in der Ostmarkenfrage

der Tradition des Fürsten Bismarck gefolgt,

habe ich in der Ostmarkenfrage an den Traditionen des Fürsten Bismarck festgehalten. Freiherr v. Lucius hat uns soeben auseinandergesetzt, daß er nicht glaube, daß man den Fürsten Bismarck als Zeugen für die Enteignung anrufen könne. Ja, wie sich der Fürst Bismarck zu dieser Maßnahme stellen würde, wenn er noch unter den Lebenden weilte, das kann heute niemand mit Bestimmtheit sagen. Ich bin aber überzeugt, auf Grund so vieler Auslassungen des Fürsten Bismarck, auf Grund so vieler Reden, die er gehalten hat, auch in diesem hohen Hause, auf Grund alles dessen, was er nach seinem Rücktritt zürnend und mahnend gerade über die Ostmarkenfrage gesagt hat, auf Grund der ganzen Ostmarkenpolitik des Fürsten Bismarck, daß, wenn Fürst Bismarck noch unter den Lebenden weilte, wir ihn unter denjenigen zählen würden, die für die Enteignung eintreten. Wie Fürst Bismarck Gefahren, die dem deutschen Volke drohten, früher zu erkennen pflegte als andere, so hat er auch den ganzen Ernst des Ostmarkenproblems tiefer erkannt als die meisten seiner Zeitgenossen. Nachdem die preußische Politik diesem Problem jahrzehntelang schwächlich und schwankend gegenüber gestanden hatte, hat Fürst Bismarck in der planmäßigen Ansiedelung deutscher Bauern uns den Weg gewiesen, auf dem sich die Stellung des Deutschtums im Osten behaupten läßt. Diese Ansiedelungspolitik fortzusetzen, habe ich als ein

überkommenes Vermächtnis des ersten Kanzlers

angesehen. Auf diesem Wege dürfen wir nicht vor dem ersten Hindernis Halt machen, vor dem ersten Hindernis zurückweichen. Auf diesem Wege dürfen wir uns nicht scheuen, wenn es not tut, die konsequente und zähe Energie zur Anwendung zu bringen, die in großen staatlichen Existenzfragen allein vorwärts hilft und allein den Sieg verbürgt. (Beifall.) Die Frage,

die schwerwiegende Frage,

vor der dieses hohe Haus steht, ist diese: Will das Preußische Herrenhaus, wollen Sie, meine Herren, durch Ablehnung der von uns geforderten Machtmittel die Fortsetzung der von uns in voller Uebereinstimmung mit der Krone unter Zustimmung des anderen Hauses des Landtages weitergeführten Bismarckschen Politik lahmlegen und unmöglich machen? Die Regierung gibt sich der Hoffnung hin, daß das Bewußtsein dieser Verantwortlichkeit, dieser schweren Verantwortlichkeit Sie, meine Herren, dahin führen wird, mit dem anderen Hause des Landtages der Regierung die Mittel zu gewähren, die notwendig sind, um schwere Beeinträchtigungen der Interessen des Landes zu verhindern. Von diesem Gesichtspunkte aus kann ich Sie nur bitten, **dem jetzt vorliegenden Antrage der Herren Adickes und Genossen Ihre Zustimmung zu erteilen.** (Lebhafter Beifall.)

Freiherr **v. Wedel-Piesdorf**:

begründet seinen Antrag. Wir sind zwar überzeugt, daß durch das Vordringen der Polen unser Deutschtum im Osten stark gefährdet ist. Die Enteignung ist aber eine so außerordentliche, in unserer Geschichte bisher so unerhörte Maßregel, daß sie den ernstesten Bedenken in beiden Häusern des Landtages begegnet. Die Enteignung widerspricht nicht der Verfassung, aber sie streift die Grenzen des Rechts. Die Kommission sieht eine große Härte darin, daß man den, dessen Familie seit Jahrhunderten im Besitz ist, der nichts weiter verbrochen hat, als daß er Pole ist, von seiner Scholle vertreiben will. Wir erblicken eine Milderung der Enteignung darin, daß statt der zehnjährigen Frist ein bestimmter Zeitpunkt gesetzt werden soll, nämlich der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Ansiedelungsgesetzes von 1886. Die Ansiedelung wird nach meinem Antrage ja etwas langsamer vor sich gehen, auf die Dauer werden wir aber mit der abgeänderten Form der Regierung eine bessere Waffe in die Hand geben zur Bekämpfung des Polentums und zur Stärkung des Deutschtums, als durch die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses. (Beifall.)

Feldmarschall Graf **v. Haeseler**:

Ich bekenne mich als **Gegner der Enteignung.** Ich bin nicht überzeugt worden, daß der Artikel 4 der Verfassung, wonach alle Preußen vor dem Gesetz gleich sind, von diesem Gesetz unberührt bleibt. Die Enteignung bleibt eine große Härte. Jeder, der einen Besitz sein eigen nennt, an dem Eltern und Großeltern mitgearbeitet haben, wird mir nachfühlen, was es heißt, wenn jemand in der Unklarheit sich befindet, ob er den Besitz morgen noch hat. (Beifall.) Wenn auf den Krieg hingewiesen wird, so stehen sich da zwei bewaffnete Gegner gegenüber. Der Krieg ist eine gerechte Ausgleichung entgegenstehender Interessen, aber bei der Enteignung ist der eine Gegner wehrlos. (Beifall.)

Graf **v. d. Schulenburg-Grünthal**:

Der Enteignung kann ich **nicht zustimmen,** weil ich nicht glaube, daß sie zum Ziele führen wird, und weil ich sie nicht in Einklang bringen kann mit meinem Gewissen (Beifall); sie ist ein Schlag ins Wasser. Hervorragende Juristen haben ja erklärt, daß eine Verfassungswidrigkeit nicht vorliegt; jedenfalls treten wir aber hier vor ein vollständiges Novum. Hier soll zum ersten Mal enteignet werden, um der Person willen (Beifall); hier soll ein preußischer Untertan, wenn auch polnischer Nationalität vertrieben werden von Haus und Hof, um einen anderen preußischen Untertan, den man sich womöglich von der Wolga oder von Argentinien verschrieben hat (Heiterkeit), an seine Stelle zu setzen. Damit beschreiten wir einen sehr schlüpfrigen Pfad, wir begeben uns auf eine schiefe Ebene. Erst kommt die Enteignung aus nationalen Gründen, und von da bis zur Enteignung aus politischen Gründen ist nur ein sehr kleiner Schritt. Wenn wir den Grundsatz aufgeben, daß das Eigentum unverletzlich ist, dann sägen wir selbst den Ast ab, auf dem wir sitzen (Zustimmung), dann leisten wir Vorschub einzig und allein dem Umsturz (Sehr wahr!); dann wird niemand mehr über das Votum des Herrenhauses triumphieren als die Sozialdemokratie, wie schon der Kardinal v. Kopp in beredten Worten ausgeführt hat.

Was die Kompromißanträge betrifft, so möchte ich, um ein Bibelwort anzuführen, sagen, daß die Herren sich selbst betrügen, indem sie die Konsequenzen übersehen. Wenn ich einmal die Enteignung aus nationalen Gründen gebilligt habe, so muß ich auch der Regierung die gewünschten Waffen in die Hand geben; wenn ich sie aber nicht billige, so lehne ich sie eben glatt ab. Wenn Sie auf den Boden des Kompromisses treten, dann wird die Regierung wieder kommen und abermals neue Vollmachten verlangen. Niemand von uns kann wissen, aus welcher Ecke der Wind später einmal wehen wird, welche Majoritäten später einmal die Oberhand haben. Wenn die politischen Parteien, auf die ich vorhin hingewiesen habe, einmal die Oberhand haben, dann liegt doch eine sehr große Gefahr darin, wenn ein derartiger Präzedenzfall wieder § 13 geschaffen wird. Wenn dann einmal die Konsequenz gezogen werden sollte aus diesem Präzedenzfall, wenn der Nachkomme enteignet werden soll von der Stätte seiner Jugend, von dem ererbten Besitz, dann wird er im Fortgehen

mit Fingern zeigen auf das Grab des Ahnherrn

mit den Worten: Der hat den ersten Schritt auf dem verhängnisvollen Wege gemacht. Ich will mein Grab vorher sichern. (Beifall.) Wenn das Herrenhaus dem § 13 zustimmt, dann wirft es die Traditionen dieses hohen Hauses über den Haufen. (Sehr richtig!) Dann wird man im Lande sagen: Die Staatsregierung kann vor das Herrenhaus kommen mit einer Vorlage wie sie will, das Haus sagt doch zu allem Ja und Amen; dann gräbt das Herrenhaus sein eigenes Grab, dann begeht das Herrenhaus Selbstmord. (Zustimmung.)

(Schluß in der Morgenausgabe.)

Deutscher Reichstag.

109. Sitzung vom 26. Februar, 1 Uhr.

(Fortsetzung aus der Abendausgabe.)

Wahlprüfungen.

Abg. **Fischer** (soz.) fortfahrend:

Jetzt freilich sind Sie ja die Blockbrüder! (Zurufe der Freisinnigen.) Ach, beim Block bleiben Sie ja nur so lange, als sie geduldet werden! (Heiterkeit, Gelächter.) Daß die amtliche Wahlbeeinflussung an dem bestraft wird, gegen den sie sich gerichtet hat, ist das nicht politische Felonie? Wenn Herr Kopsch seinen politischen Verstand nur ein bißchen anstrengen würde (Heiterkeit), dann würde er schweigen, dann würde er nicht von Umfall reden. Mit dem Umfall machen Sie immer schlechte Geschäfte. Wie war es denn bei der Wahl von Manz? (Unruhe der Freisinnigen.) Was hat damals die „Volkszeitung" darüber geschrieben? Ist das, Herr Kopsch, nicht ein freisinniges Organ? (Kopsch ruft: Nein! Heiterkeit.) Nicht? Was würde der alte Bernstein sagen, wenn er jetzt hier wäre! (Kopsch ruft: Lebebours Blatt!) Ach, wie lange ist es her, daß Lebebour mit der „Volkszeitung" nichts mehr zu tun hat! Darf man denn seine Ansicht nicht ändern? (Gelächter der Freisinnigen.) Ich bin aus einer katholischen Familie geboren und war in meiner Jugend ein strammer Zentrumsmann. (Stürmische Heiterkeit.) Andere Interessen, andere politische Erziehung, andere Entwickelung, andere Gesichtspunkte! (Gelächter.) Nun sagt Herr Kopsch: er sei kein Buchstabengläubiger, jede Zahl müsse nach ihren eigenen Verhältnissen beurteilt werden. Und nun hören Sie, was ein anderer Freisinniger darüber sagt, Ja, Herr Müller-Meiningen, bei einer anderen Wahl: „Das sind nach meiner Meinung Grundsätze tiefster moralischer und politischer Verwirrung und Struvelei. Ja, die Politik der Verwirrung und Struvelei." (Große Heiterkeit. Hört, hört! rechts und im Zentrum.) Ich möchte doch wissen, Herr Kopsch, ob Sie sich von Herrn Müller-Meiningen getroffen fühlen. Sie sagen, was den Geistlichen erlaubt ist, muß auch jedem anderen erlaubt sein. Wenn die Geistlichkeit einen freisinnigen Kandidaten unterstützt, lassen Sie sich das gefallen. Bei Gröber haben Sie auf den Erzbischof losgehackt; aber als derselbe Erzbischof in Januar für den Freisinnigen gegen den Sozialdemokraten eintrat, da haben Sie ihm zugejubelt. (Widerspruch der Freisinnigen.) Fischer kommt dann auf die Wahl des Freisinnigen Manz zu sprechen. Vielleicht kann man den Freisinnigen auch zurufen, was Müller-Meiningen einmal den Nationalliberalen zurief: „Es ist eine tieftraurige Erscheinung, wenn wir sehen, wie sich liberale Elemente an einer derartigen Kompromißpolitik beteiligen." (Heiterkeit und Hört, hört! rechts und im Zentrum.) Und was Müller-Meiningen damals dem Zentrum zurief: Sie sind eben Regierungspartei sans phrase geworden, und Sie wollen unter allen Umständen mit der Rechten konkurrieren in der Regierungsfreundlichkeit." (Große Heiterkeit.) Die Herren auf der Rechten haben stets ein größeres Rückgrat gegenüber der Regierung gehabt als Sie. So, Herr Müller-Meiningen, und damit schließe ich vorläufig. (Stürmischer Beifall im Zentrum, heiterer Beifall auf der Rechten.)

Abg. Dr. **Mugdan** (fr. Vp.):

Wie schwach die Position der Sozialdemokraten ist höhnisches Gelächter der Sozialdemokraten), das sieht man daraus, daß der Redner der Sozialdemokratie nichts Besseres zu tun weiß als eine halbe Stunde über eine andere Wahl zu sprechen. Er war wieder einmal zu spät gekommen. Er hat, um mich medizinisch auszudrücken, eine rednerische Nachgeburt gehabt. (Große Heiterkeit.) Ja, die Herren Sozialdemokraten, das sind die Engel, das sind die Einzigen, die schuldlos und geläutert bestehen, die ganze Schlechtigkeit der Welt gibt es nur bei den Bürgerlichen! (Gelächter der Sozialdemokraten.) Er hat über den Block gesprochen, und seine Antiblockbrüder vom Zentrum haben natürlich die reinste Freude gehabt. Das muß doch einmal konstatiert werden: Hat nicht die Sozialdemokratie seit mehr als fünf Jahren in allen Fragen das Zentrum gegen die Liberalen unterstützt? (Lebhafter Beifall und Gelächter. Lärm. Mugdan kann lange Zeit nicht weiter sprechen.) Draußen, ja, da sind Sie für freie Schulen, aber Ihr Verhalten im Reichstag beweist, daß das nicht wahr ist, denn bei jeder Gelegenheit stärken Sie die Macht der Klerikalen. Was gehört für ein Mut dazu (Höhnisches Gelächter und Lärm der Sozialdemokraten), zu einer Zeit, in der die Herren eine große Anzahl ihrer Mandate einzig und allein der Unterstützung der Klerikalen verdanken (Lärm der Sozialdemokraten und Rufe: Und Sie!), sich an uns zu reiben, weil wir hier zufällig eine etwas größere Rolle spielen (Große Heiterkeit, höhnische Zurufe vom Zentrum und den Sozialdemokraten), und Sie in vollkommener Bedeutungslosigkeit sind, die Sie zu verbergen suchen, wenn Sie schreien. Ihre Bedeutung besteht aber nur darin, daß die Herren vom Zentrum so gnädig sind, sich hin und wieder einmal Ihre Unterstützung gefallen zu lassen. Mit dem Augenblick, wo das Zentrum mit Ihnen nichts zu tun haben will, finken Sie in Ihre Bedeutungslosigkeit wieder zurück. Von freiheitlicher Entschließung ist bei Ihnen im Reichstage gar nicht die Rede. Nicht deshalb haben die bösen Freisinnigen damals bei Frankfurt a. d. O. und Altenburg für die Ungültigkeit gestimmt, weil der Regierungspräsident und der Minister gegen den Sozialdemokraten gesprochen haben, sondern weil dadurch falsche Parteien in die Stichwahl gekommen sind, und tatsächlich ist auch bei der Nachwahl in Frankfurt der Nationalliberale und in Altenburg der Bündler gewählt. Die Herren Sozialdemokraten tun so, als ob sie nicht Reaktionäre und Antisemiten gegen Demokraten wie Blumenthal und Quidde in den Reichstag verholfen haben. Wir sind allmählich abgehärtet gegen die Schimpfereien der Sozialdemokraten. (Stürmischer Beifall der Blockparteien, die Sozialdemokraten rufen: Jawohl, Sie haben ein dickes Fell!) Abgehärtet, wie man sich gegen Morphium und andere Gifte abzuhärten pflegt. Wie sprach da am Freitag Herr Frank hier von der Tribüne des Hauses als Erzieher der Jugend! Eine schöne Jugenderziehung, wenn man sieht, wie die Herren sich in diesem Hause selbst benehmen. (Stürmischer Beifall beim Block, Gelächter der Sozialdemokraten.) Da hat man in der Tat eine Vorstellung davon, wie grobartig die Bildungsmittel sein werden, die Sie der Jugend beibringen! (Großer Lärm.) Mugdan wendet sich an die bürgerlichen Parteien: Treten Sie dem Beschluß der Wahlprüfungskommission bei und zeigen Sie den Herren Sozialdemokraten, daß die Zeiten, in der sie zusammen mit den Herren vom Zentrum den Reichstag regierten, endgültig vorbei sind. (Lebhafter Beifall rechts, Gelächter der Sozialdemokraten, das Haus ist in sehr erregter Stimmung.)

Abg. **Wellstein** (Ztr.):

Als Vorsitzender der Wahlprüfungskommission wie auch als Mitglied der Zentrumsfraktion habe ich zu konstatieren, daß der Beschluß der Wahlprüfungskommission in der Wahl Enders einen vollständigen Umfall von einer dreißigjährigen Praxis bedeutet. Die Gründe sind nicht stichhaltig. Es kommt nicht auf die größere Beeinhaltung der Wahl an, sondern darauf, ob sich nicht der Wähler dennoch geistig oder wirtschaftlich oder von oben beeinflußt fühlt. Die Hauptsache ist, wir wollen die politischen Beamten überhaupt aus dem Getriebe der Agitation oder Politik heraushaben. Herr Kopsch sagt, es ist ein großer Unterschied zwischen ostelbischen und westlichen Bürgermeistern. Sie werden sehen, wie weit Sie damit kommen! Man kann da gar keinen Unterschied machen. Ein Unterschied ist allerdings, ob der Bürgermeister Polizeigewalt hat oder nicht. Um dies im Falle Enders festzustellen, beantrage ich Zurückweisung an die Wahlprüfungskommission. Im Kölner Fall hat Herr Becker nicht als Oberbürgermeister, sondern als Ehrenbürger seinen Einfluß geltend gemacht, sonst hätten wir im Zentrum es uns überlegt, ob wir nicht zur Kassierung der Wahl Trimborns gekommen wären. Allerdings war auch da zu beachten, daß der Kölner Oberbürgermeister keine Polizeigewalt hat. Mit Pfarrern ist eine Parallele nicht zu ziehen. (Widerspruch.) Das sind weder mittelbare noch unmittelbare Staatsbeamte, und ihre Tätigkeit hat nicht die geringste bürgerliche Wirkung. (Lebhafter Widerspruch.) Wir im Zentrum haben Beeinflussungen durch Geistliche unter Umständen sehr gemißbilligt und sobald sie ihr Schulamt mißbrauche haben, haben wir das als unzulässig erklärt.

Abg. **v. Dziembowski** (Pole)

spricht für Kassierung der Wahl.

(Schluß in der Morgen-Ausgabe.)

Der Eisenbahnetat in der Kommission.

(Bericht für das Berliner Tageblatt.)

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses setzte gestern die Beratung des Eisenbahnetats fort, und zwar wurde zunächst das Extraordinarium behandelt. Es beträgt dies im ganzen 104 Millionen, das heißt 78 Millionen weniger als im Vorjahre. Vom Berichterstatter wird darauf hingewiesen, daß 82 Prozent davon auf Um- und Neubauten entfallen, es wird zugleich betont, daß öfter Neubauten erforderlich geworden seien, nachdem erst kurz vorher ein Umbau stattgefunden habe; es sei sogar vorgekommen, daß die Pläne sich schon während des Baues als zu knapp erwiesen haben, es beweise das eine zu geringe Weitsichtigkeit.

Von der Regierung werden die Tatsachen zugestanden und durch ein ungewöhnlich starkes Steigen des Verkehrs begründet.

Ein Mitglied der Kommission erklärt, daß ein erheblicher Teil des Extraordinariums auf Anleihe genommen werden und der Ueberschuß im Etat dann zur Deckung der Besoldungsvorlage dienen könne; werde dieser Weg aber nicht beschritten, so könne man auch das Defizit der Besoldungsvorlage — es sind das etwa 50 Millionen — durch Anleihe decken. Von der Regierung wird dem widersprochen, da der erste Weg nicht gangbar sei. Indessen werden auch von anderer Seite Bedenken dagegen ausgesprochen, daß man der Besoldung wegen eine Erhöhung der Steuern vornehme; es sei doch dieses Jahr ein ungewöhnliches, man könne sich zunächst durch eine Anleihe helfen. Bei der weiteren Debatte ergibt sich, daß in der freikonservativen Partei der im Plenum vertretene Standpunkt nicht überall geteilt wird.

Beim Titel Berlin wird angegeben, daß es noch fraglich sei, ob man im Stadtbahnverkehr in Berlin eine Erweiterung der zeitgen Anlagen vornehmen, oder ob man zum elektrischen Betriebe übergehen wird. Bei der Entscheidung hierüber müsse auch die Frage erörtert werden, inwieweit die Stadt Berlin zu den Lasten heranzuziehen sei.

Bei der weiteren Beratung der einzelnen Positionen des Extraordinariums wird eine Reihe von Anfragen von der Regierung beantwortet, ohne daß dabei Fragen von allgemeinerem Interesse berührt werden. Die Zentralfonds enthalten eine Million für Vorkehrungen zur Verhütung von Waldbränden und Schneeverwehungen. Zur Herstellung von elektrischen Sicherungsanlagen werden drei Millionen gefordert. Die Herstellung von schwerem Oberbau soll zehn Millionen in Anspruch nehmen.

Das Extraordinarium wird verändert bewilligt. Der Baubericht für das Jahr 1906 durch Kenntnisnahme erledigt.

Es trat dann eine Pause ein.

Nach der Pause geht die Kommission zur Beratung des

Ordinariums der Eisenbahn

über.

Von der Regierung wird mitgeteilt, daß die Wirksamkeit des Zentralamtes eine sehr günstige sei. Die Hauptbetätigkeit bestehe in der Leitung von 17 Ausschüssen, die für die Verwaltung und den Betrieb eingesetzt seien.

Es wird die Anregung gegeben, daß die Regierung den Zeitungshandel an den Bahnhöfen in eigene Regie nehme. Dagegen werden erhebliche Bedenken erhoben. Dem Publikum würde mit einer bürokratischen Behandlung nicht gedient sein. Insbesondere wird Klage geführt über ungleichmäßige Behandlung der Zeitungen, daß zum Beispiel gewisse Blätter, wie „Kreuzzeitung" und „Post", öfters nicht zu haben seien. Von anderer Seite wird auch die „Kölnische Volkszeitung" genannt.

Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß sich allgemeine Vorschriften nicht machen ließen, nur würden unsittliche und staatsfeindliche Schriften ausgeschlossen.

Wiederholt wird auf die Bevorzugung der Juristen vor den Technikern in den höheren Stellen hingewiesen; es wird diese schon vielfach hervorgehobene Tatsache durch Zahlenmaterial erläutert.

Die Regierung behauptet, daß von Juristen keine Rede sein könne, sondern nur von Eisenbahnverwaltungsbeamten auf juristischer Grundlage; sie versucht nachzuweisen, daß bei der bestehenden Organisation eine Aenderung nicht in Aussicht zu stellen sei. Technische und administrative Beamte arbeiteten sehr gut zusammen. Die Stellen der technischen Beamten seien erheblich stärker vermehrt worden als die der administrativen, die etatsmäßige Anstellung sei bei jenen günstiger als bei diesen.

Aus der Kommission wird die Ansicht laut, daß doch in den höheren Stellen die Techniker zu wenig berücksichtigt würden.

Sodann wird angefragt, wie es mit dem

Erlaß gegen den geplanten Verband der technischen Eisenbahnbeamten

stehe. Der Erlaß wird mitgeteilt; die Regierung hat die Ueberzeugung gewonnen, daß es sich um eine Agitation gehandelt habe, die mit jeder geordneten Verwaltung unvereinbar sei, und die einen unzulässigen Druck auf Regierung und Parlament habe ausüben wollen. Daher habe die Regierung vor der Teilnahme an diesem Verein gewarnt, der auch im Sande verlaufen sei.

Ueber den Unfall im Brohltal werden von der Regierung eingehende Mitteilungen gemacht. Der Unfall wird auf die zu große Geschwindigkeit in der Kurve zurückgeführt.

Wiederholt wird auch über die Freikarten der Beamten gesprochen. Die Regierung bestreitet entschieden, daß sich dabei, abgesehen von einzelnen Taktlosigkeiten, irgendwie Mißstände gezeigt hätten.

Ueber die Kohlenbeschaffung für die Eisenbahn werden eingehende Mitteilungen gemacht. Mit dem Ruhrkohlensyndikat hat die Regierung einen dreijährigen Vertrag über Kohlenlieferung gemacht, unter der Bedingung eines um 1,25 Mark erhöhten Preises. Dieser Preisaufschlag hat für Oberschlesien 1,20 Mark betragen, für die Saar 1,18 Mark. Im ganzen kostet die Beschaffung von Kohle im nächsten Jahr 14 Millionen mehr.

Auch über Schienen und Schwellen sind dreijährige Verträge abgeschlossen; da auf einen Preisfall in dieser Zeit nicht zu rechnen sei.

Eingeräumt wird, daß in der letzten Zeit sich die Kohlen verschlechtert haben, es wird dies auf die ungünstigen Arbeitsverhältnisse zurückgeführt. Man nimmt aber an, daß sich die Qualität wieder bessern würde.

Zu bezug auf die Beleuchtung wird ausgeführt, daß das Gasglühlicht dem elektrischen vorzuziehen sei. Die Gefahr sei keineswegs größer. In den D-Zügen will man indessen die kleinen elektrischen Lampen beibehalten.

Das Ordinarium der Eisenbahnen wird unverändert bewilligt.

Nächste Sitzung Freitag: Direkte und indirekte Steuern.

Ostafrika in der Kommission.

(Bericht des Berliner Tageblattes.)

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Im weiteren Verlaufe der gestrigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstages machte Gouverneur v. Rechenberg eingehende Mitteilungen über die Bedeutung der Araber für die Kolonie Deutsch-Ostafrika. Ihre Zahl sei gering, ihre kulturelle Bedeutung aber schon seit früherer Zeit nicht zu unterschätzen. In religiöser Beziehung sei zu beachten, daß die Art von Islam, die bei den Arabern in Ostafrika herrsche, sehr mild sei. Gefährlicher sei der Islam im Norden. Die Erfolge der

christlichen Missionen

seien nicht zu leugnen, die Missionare seien unleugbar aufopferungsvolle Menschen, aber die Mission müsse mehr von oben nach unten betrieben werden, das heißt, das Stammesoberhaupt muß zuerst gewonnen werden.

Abg. Lattmann (wirtsch. Vg.): Die heutigen Darlegungen vom Regierungstische klangen anders als vor einigen Tagen. Warum wurde die Aufklärung nicht früher gegeben? Früher habe man die Eingeborenenkultur unterschätzt, jetzt scheine man sie zu überschätzen. Ihm scheine ein gerechter Ausgleich zwischen Eingeborenen- und Plantagenkultur das Rechte zu sein, beide unterstützt durch Bahnen. Der wachsende schwarze Mittelstand bedinge eine starke weiße Oberschicht. Auf Grund eines Briefes teilt Redner mit, daß die Neger erklärt hätten: Mit Denburg reisen wir nicht mehr, soviel Prügel wie auf der Reise haben wir niemals gekriegt. (Allgemeine Heiterkeit.) Redner fragt, ob nach diesen Strafen auch die vorgeschriebenen doppelten Protokolle aufgenommen worden seien. Es müsse ein möglichst gegenseitiges Verständnis zwischen Verwaltung und Weißen und Verwaltung und Eingeborenen herrschen.

Gouverneur v. Rechenberg bestreitet die Zuverlässigkeit der Mitteilungen des Gewährsmannes des Abg. Lattmann. Er selbst kenne die betreffenden Neger und habe mit ihnen über die Reise gesprochen. Beschwert aber habe sich keiner trotz des Vertrauens, das sie zu ihm hätten.

Abg. Lebedour (soz.) kritisiert die Ausbeutungspraktiken der Plantagenbesitzer. Wenn der Herr Staatssekretär auf seiner eigenen Reise nichts von den Prügeleien seiner schwarzen Reisebegleiter gemerkt hat, wie wenig wird er dann erst merken, wenn er hier in Berlin sitzt.

Abg. Dr. Wiemer (fr. Vp.): Die neuerdings kundgegebenen Richtlinien unserer Kolonialpolitik hätten ihn mit Genugtuung erfüllt. Aus nationalen Beweggründen müßten Opfer gebracht werden. Gegner der Kolonialpolitik sei er nie gewesen, nur müßten

die Opfer im richtigen Verhältnis zum Erfolg

stehen. Erfreuliche Ansätze dazu seien ja vorhanden, wenn auch nicht in Südwestafrika. Bezüglich der Eingeborenenpolitik klinge es heute anders als vor einigen Jahren. Die damals beliebte Politik sei schuld, daß heute in Südwest keine Arbeitskräfte mehr sind. Die Eingeborenenkommissare könnten segensreich wirken, wenn rechte Männer gefunden werden. Das Sanitätsamt und das Landeskulturamt begrüßt er ebenfalls. Die Anschauungen des Staatssekretärs über die bessere Vorbildung der Beamten, die bessere Rechnungsführung billigt er gleichfalls. Das Wort: „Mehr Eisenbahnen" möge nicht zum Schlagwort werden. Dr. Spahn habe recht, auch fahrbare Straßen müßten gebaut werden. Bei allen Bahnbauten müssen die wirtschaftlichen Interessen vor allen anderen maßgebend sein, dabei stets Vorsicht walten und die Rentabilität erwiesen sein. Die Missionstätigkeit sei nicht von Staats wegen zu fördern. Auch möge mit dem Worte „nationale Politik" vorsichtig gearbeitet werden. Jede einzelne Maßnahme mit diesem Worte zu decken, sei falsch.

In Erwiderung auf die Ausführungen des Abg. Dr. Wiemer bemerkt der Staatssekretär, daß es bei den Eingeborenenkommissaren auf die richtigen Männer ankomme. Die Beamten in Dar es Salam hätten ihre volle Zustimmung zu seiner Politik erklärt. Der Staatssekretär verbreitet sich dann über die in Ostafrika bestehenden Anstalten zur Hebung der Landeskultur und des geplanten

Landeskulturamtes,

das eine zweckmäßige Zusammenfassung und Ausnutzung der verschiedenen landwirtschaftlichen Versuche und Einrichtungen ermöglichen solle. Solche Aemter sollen später in allen Kolonien errichtet werden, und diese Anstalten sollen in Verbindung miteinander treten. Es sollen diese Aemter namentlich auch da eintreten, wo die Initiative der Privaten und Kommunen versagen, wie zum Beispiel der Bohrung von Brunnen an der Karawanenstraße. Der Bau fahrbarer Wege habe infolge des Küstenfiebers der Zugtiere nur beschränkte Bedeutung. Bei der Eisenbahnfrage müsse an einer gewissen Rente festgehalten werden. Aber auch der indirekte fiskalische Nutzen müsse berücksichtigt werden, also nicht bloß Frachteinnahmen, sondern auch Zolleinnahmen und Erhöhung des Steuerertrages. Auch solche Einnahmen müßten als Teil der Rentabilität betrachtet werden, vorausgesetzt, daß sie auch wirklich ziffernmäßig nachgewiesen werden. Was Ansiedlungen betreffe, so könne die Besiedelung von Iringa (Uhehe) nicht vorbildlich sein. Die bisherigen Resultate seien zu ungenügend. Die

Angriffe der Pflanzer

habe er zurückweisen müssen, sei ihnen aber heute noch ebenso wohlgesinnt wie früher. Soziale Arbeitsreformen seien im Interesse der Pflanzer selbst. Manche Produkte, die für uns unentbehrlich sind, können nur auf Plantagen erzeugt werden. Auch dem Handel werde von der Verwaltung sein Recht zuteil. Die Regierung habe zwischen den verschiedenen Interessen auszugleichen, nicht die Partei des einen gegen den anderen zu ergreifen. Er vertrete eine gemeinnützige Politik im allgemeinen Interesse mit gleichem Wohlwollen für alle.

Abg. Arning (natl.) betont die Uebereinstimmung in der Kommission bezüglich des nationalen Gedankens; auch Dr. Spahn habe diesen Gedanken vertreten. Er geht dann auf die Inderfrage näher ein und hebt weiter die Bedeutung der Schulen hervor; die besten Arbeiter seien die, die lesen und schreiben können. Die Mitteilungen über die Prügeleien auf der Reise des Staatssekretärs seien auch ihm zugegangen. Man möge nur auf dem Zentralmagazin in Dar es Salam Erkundigungen einziehen, und man werde die Bestätigung erhalten. Für die Ansiedelungen von Weißen seien günstige und weite Gebiete vorhanden. Wenn man von schlechter Behandlung der Neger höre, möge man nicht vergessen, daß es sich um Ausnahmen handle, daß die Mehrheit der Ansiedler ein warmes Herz für die Neger habe.

Abg. Erzberger (Ztr.): Die Diskussion habe in vielen Punkten die amtliche Sanktion mancher seiner früheren Anschauungen gebracht; besonders verwunderlich sei ihm, daß der Staatssekretär sich gegen den Vorwurf wehren müsse, als sei er nicht nationalgesinnt; Redner führt jenen Gedanken näher aus. Die Aenderung in den Anschauungen beziehe sich darauf, daß heute ein erhöhter Schutz der Eingeborenen und der

Bruch mit dem früheren Protektionssystem der Ansiedler

gefordert werde. Wer die Arbeiter gut behandele, habe auch Arbeiter. Wann kommt die Arbeitsordnung heraus? Das alte Gesetz ist aufgehoben, wo ist das neue? Der Zwang, zur Arbeit habe auf die Dauer immer Fiasko gemacht. Bezüglich der Pflanzer möge man sich hüten, ein weißes Proletariat heranzuziehen. Bei der Forderung von Summen für den Bahnbau auf dem Anleihemarkt dürfe der Rückschlag auf den einheimischen Geldmarkt nicht außer acht bleiben. Für die Missionen fordere er keine direkte, aber indirekte Förderung. Das sei ein natürlicher Ausfluß unseres christlichen Charakters. Das geschehe, indem man die christlichen Neger mehr als bisher bei Anstellungen heranziehe. Die Missionen haben an 117,000 Eingeborene unentgeltlich Medizinen abgegeben. Wie haben sie also allein auf sanitärem Gebiete gewirkt! Eine moralische Unterstützung von seiten der Verwaltung werde segensreich wirken.

Der Staatssekretär teilt mit, daß die Arbeitsverordnung demnächst in Kraft gesetzt werden soll. Es werden ja für Ostafrika große Mittel angefordert werden für Eisenbahnbau, Flußregulierung usw., aber die Befriedigung dieser Bedürfnisse wird sich auf mindestens 10 Jahre verteilen.

Darauf vertagt sich die Kommission.

Nächste Sitzung heute vormittag 10 Uhr.

Parlamentarische Nachrichten.

* Der **Seniorenkonvent des Reichstags** trat gestern zu einer Sitzung zusammen und beschloß, im Plenum zunächst den Etat des Reichsamts des Inneren, dann den des Auswärtigen Amtes und des Kolonialamtes auf die Tagesordnung zu bringen. Man hofft, bis zum 25. März mit dem Etat fertig zu werden und Donnerstag oder Freitag vor Palmsonntag in die Ferien zu gehen.

* Die **Reichstagskommission für die Beratung des Viehseuchengesetzes** setzte am Mittwoch die Beratung der §§ 6 bis 8, die von der Abwehr der Seucheneinschleppung aus dem Auslande handeln, fort. Auf Ausführungen aus der Mitte der Kommission, daß zu rigorose Bestimmungen geeignet seien, die Lederindustrie schwer zu schädigen, gab die Regierung eine Erklärung ab, daß sie an eine solche Schädigung nicht denke. Eine Abstimmung über die zahlreichen, zu diesem Paragraphen eingebrachten Anträge fand noch nicht statt.

* Bei der Präsentationswahl eines **Herrenhausmitgliedes** für den alten und befestigten Grundbesitz im Landschaftsbezirk Südpommerellen, umfassend die Kreise Schwetz, Konitz, Schlochau, Tuchel, Flatow und Deutsch-Krone, wurde an Stelle des im November verstorbenen Rittergutsbesitzers v. Nitikowski-Grellen auf Bremin der Kammerherr **v. Müllern** auf Soßnow, Kreis Flatow gewählt.

* In der gestrigen Sitzung der **Unterrichtskommission des Abgeordnetenhauses** lag eine Petition vor, den Oberlehrern ihre militärische Dienstzeit auf ihr Besoldungsdienstalter in Anrechnung zu bringen. Bisher wird das Militärjahr der Oberlehrer nicht auf das Besoldungsdienstalter, wohl aber auf die Anciennität bei der Pensionierung in Anrechnung gebracht. Die Kommission beschloß, die Petition der Staatsregierung zur Erledigung zu überweisen.

* Der **Provinziallandtag** der Provinz Brandenburg wurde heute mittag geschlossen.

Eine englisch-deutsche Freundschaftskundgebung.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

β **London**, 26. Februar.

Das gestrige monatliche Dinner der Londoner Handelskammer, bei dem der deutsche Botschafter Graf Metternich der zu ehrende Gast war, zu dem aber auch zahlreiche Einladungen an die deutsche offizielle Welt ergangen waren, gestaltete sich zu einer neuen Freundschaftskundgebung für Deutschland. Diese ist um so bedeutungsvoller, als sie aus geschäftlichen Kreisen kommt, für die, wie einer der Redner sagte, Frieden und Geschäft sinnverwandte Worte sind. Wohl wurde darauf von Sir Henry Kimber, dessen Lieblingsbeschäftigung die Reformierung und Rettung kommerzieller Unternehmungen ist, darauf hingewiesen, daß für freundschaftliche Beziehungen die scharfe Konkurrenz kein Hindernis sei, doch müsse sie von jener „fairness" sein, unter der der britische Handel nicht leide. Daß bei der Konkurrenz jeweils einer leiden muß, vergaß der Redner. Wie diese Leiden bei der allergrößten fairness zu mindern seien, sagte er uns nicht. Hierfür fand der deutsche Botschafter die Lösung. Er wies in seiner Erwiderung auf die jüngsten friedlichen Verhandlungen der deutschen und englischen Schiffahrtsgesellschaften hin, die dazu führten, geschlagene Wunden zu heilen und künftige zu verhüten. Des Präsidenten Sir Albert Spicer Kaisertoast und die Rede des Botschafters wurden mit langanhaltendem Beifall aufgenommen.

Gespannt lauschte man den überraschend kommenden, in dem Kreise etwas befremdenden, aber doch sehr opportunen Ausführungen des Botschafters über die feste Absicht Deutschlands, mit den übrigen Mächten an der Ausführung des mazedonischen Reformprogrammes zu arbeiten, und über die Stellung Deutschlands zur Sandschakbahnfrage. Oesterreich hat aus eigener Initiative den Entschluß zum Bau dieser Bahn gefaßt, und es ist platte Erfindung, daß wir unseren Alliierten dazu veranlaßt haben, sagte Graf Metternich. Die österreichisch-ungarische Monarchie ist am besten imstande zu beurteilen, was in ihrem eigenen ökonomischen Interesse liegt. Die letzten Worte wurden mit erhobener Stimme gesprochen. Ob mit dieser durch die Person des Botschafters gedeckten Erklärung nun das Geschwätz verschiedener Unionistenblätter zur Ruhe gebracht werden wird, ist eine andere Frage. Jedenfalls wird damit die Deutschland hier untergeschobene und für Oesterreich verletzende Bevormundung durch Deutschland stramm abgelehnt.

Außer wiederholten Freundschaftsversicherungen wurden auch praktische Angelegenheiten in freie Diskussion gezogen. Sir Felix Schuster sprach, indem er sich die Anwesenheit Lord Hamiltons, des Präsidenten der Great-Eastern-Bahn, zu nutze machte, in seiner liebenswürdig praktischen Weise für schnelleren Verkehr zwischen London und Berlin. Wir bemerken hierzu, daß die gleiche Forderung bei der Einweihung des neuen Schiffes der Great Eastern, der prächtigen „Kopenhagen", erhoben wurde. Die Great Eastern hat wenig mit der langsamen Verkehrsabwickelung zu tun. Die Schuld liegt eher bei den holländischen Bahnen, die angeblich allzu schnellen Verbrauch ihres Materials fürchten.

TELEGRAMME.

Schwiebus, 26. Februar. (Privat-Telegramm.) Die von ihrem Manne geschiedene Frau Jeschke flößte ihrem einjährigen Enkelkinde Salzsäure ein und trank selbst davon. Das Kind ist gestorben, die Frau liegt in hoffnungslosem Zustande danieder.

Darmstadt, 26. Februar. (Privat-Telegramm.) Beim **Umbau des Hoftheaters** wurde der Kostenanschlag um 221,000 Mark überschritten, die jetzt vom Landtage nachgefordert werden.

Wien, 26. Februar. (Privat-Telegramm.) Der Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses hat gestern eine Resolution angenommen, wodurch die Regierung aufgefordert wird, alljährlich den zehnten Teil der sogenannten **Lottokollekturen**, der Sammelstellen für die Spielsätze zum kleinen Lotto, aufzuheben, so daß das Zahlenlotto in zehn Jahren beseitigt sein würde.

London, 26. Februar. (W. B. H.) Aus New-York wird gemeldet daß die amerikanische Regierung die Einladung der australischen Regierung, die **amerikanische Flotte** möge einen australischen Hafen anlaufen, abgelehnt habe. Die amerikanische Regierung will durch diese Ablehnung Schwierigkeiten mit der einen oder anderen Regierung aus dem Wege gehen, da aller Wahrscheinlichkeit nach noch einige andere Kolonien oder Staaten Einladungen an das Geschwader ergehen lassen dürften.

Der Belgrader Mordprozess.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Belgrad, 26. Februar.

Das hiesige Gericht fällte gestern das Urteil in dem Prozeß wegen Ermordung der beiden Offiziere Novakovitsch im Belgrader Gefängnis. Die Angeklagten Stadtpräfekt Cerovitsch und Polizeikommissar Mukasinovitsch wurden freigesprochen mit der Begründung, daß nicht sie, sondern der Minister des Inneren, Petrovitsch selbst die Befehle erteilte und infolge seiner Anordnungen die beiden Offiziere durch die Gewehrschüsse des Jeschitsch umgekommen sind. Gegen den Minister mußte der Gerichtshof das Verfahren einstellen, da dieser der Skupschtina verantwortlich ist. Jeschitsch aber ist geflüchtet und unbekannten Aufenthalts.

Gnadengesuche für Nasi.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 26. Februar.

Eine große Anzahl von Abgeordneten aller Parteien, abgesehen von den Sozialisten, unterschrieb gestern ein **Gnadengesuch für Nasi**; ein ähnliches Gesuch geht vom **Senat** aus. In Palermo, Catania und Messina fanden Kundgebungen für Nasi statt, die in **Tumulte** ausarteten. In Palermo machten die Gymnasialschüler den Anfang, die unter Hochrufen auf Nasi und Verwünschungen auf seine Gegner die Stadt durchzogen. Ihnen schloß sich der Janhagel an, der sogar das Rathaus stürmen wollte, bis schließlich das Militär dem Unfug ein Ende machte. In Messina zertrümmerte die Menge das Staatswappen auf den staatlichen Tabaks- und Lottoläden und empfing das Militär mit Steinwürfen. In Catania organisierten sogar die Elementarschulen einen Protestkreis und Umzug durch die Straßen, wobei sie unter Abfingen der Nasi-Hymne und Hochrufen auf Nasi die Straßenlaternen einwarfen. In Trapani, Nasis Wahlkreis, hielt der Bürgermeister eine Ansprache, in der er die Menge aufforderte, Nasi treu zu bleiben. Die Menge antwortete mit stürmischen Rufen „Hoch Nasi! Nieder mit Giolitti!"

Frankfurt a. M. Grand Hotel **Continental**

Aeltestes und bekanntestes Haus am Hauptbahnhof.
Vollständig renoviert.
Zimmer incl. Frühstück von M. 3,50 an. Die Herren Kaufleute erhalten Vorzugspreise. A. Kirchner.

Wiesbaden **Nassauer Hof.**
Hotel, Badhaus, directe Wiesb. Mineralquelle. Die neue Empirehalle, das Restaurant und das medico-mechanische Institut.*
Januar 1908 neu eröffnet.

Winter- und Frühlings-Aufenthalt.
LUGANO Gd Hôtel du Parc.
Altbekanntes vornehmstes Haus I. Ranges, Schönste Lage am See. Modernst umgebaut. Pensions-Arrangement.

Mailand **Hôtel Métropole**
Deutsches Haus
Das einzige Hotel am Domplatz. — 150 Betten. — Elektr. Licht. Zentralheizung. — Lift. — Mässige Preise.
F. Balzari & Cie. *

Meran: **Grand Hotel Bristol.**
Haus I. Ranges.
120 Zimmer u. Appartements mit Bad u. Toil. Moderner Prachtbau. Warmwasserheizung. Jeder erdenkliche Komfort.
„Neu eröffnet." Bes. Gebrüder Walter. *

FRANZ JOSEF Bitterwasser Bestes Abführmittel

Verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes mit Ausnahme der nachstehend bezeichneten Rubriken: Ludwig Schaxgewer; für Lokales, Vermischtes, Gerichtszeitung und Sport: Arno Krudt; für das Feuilleton: Felix Borenz; für die Handelszeitung: Arthur Norden; für die Inserate: Robert Glanz.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff. Sämtlich in Berlin.

Van Houten's Cacao

Ein erfrischendes, nahrhaftes und leichtverdauliches tägliches Getränk.

Brillanten,

Perlen, Pfandscheine darüber, Gold- u. Silbersachen, Bronzen, Bücher, Pianos, Warenläger, kauft und beleiht zu den höchsten Preisen
Leihhaus Friedrichstr. 55, I.
Separates Wartezimmer.
Telephon I. 2683. *

Pianino, gebraucht, f. 250 M., Potsdamerstr. 5, I. l.*

Üppiger Busen

in zwei Monaten durch die **Pilules Orientales** die einzigen, welche die Brüste entwickeln, festigen, wiederherstellen und der Frauenbüste eine graziöse Fülle verleihen, ohne der Gesundheit zu schaden. Garantirt Arsenik-frei. Von den Ärztlichen Berühmtheiten anerkannt. Absolute Diskretion. Schachte mit Gebr. Anw. M. 5.30 franko.
J. RATIÉ, Apoth., Paris.
Depots: Berlin, HADRA, Apoth., Spandauerstr. 77. — München, Adler-Apoth. Breslau, Adler-Apotheke. - Frankfurt a. M., Engel-Apoth. Gr. Friedberggrabe. 46. Prag: Fr. Vitek & Co. — Budapest: J. v. Török. - Wien: Perhofer, Singerstrasse, 14.

Pianino, kaum gespielt, mit Garantieschein verkäuflich. Französischestr. 15, I. r.

Virisanol

Wirksamstes Kräftigungs-Mittel bei allgemeiner Nerven- und vorzeitiger Männerschwäche von Universitätsprof. u. Arzt empf. Flakons à 5 u. 10 M. Neue Virisanol-Broschüre gratis. In Apotheken erhältlich.
Chem. Fabrik H. Unger, Berlin NW. 7.

Berlin: Elefanten-Apoth., Leipzigerstr. 74.
Kronen-Apoth., Friedrichstr. 160.
Schweizer-Apoth., Friedrichstr. 173
Diana-Apotheke, Turmstr. 28. *
Uhland-Ap., Charlbg., Kantstr. 151

Nur einmal jährlich!
Inventur-Extrapreise!

Gardinen

abgepasste Fenster.
weiss und crême

Shawllänge 2,75 Mtr.	pro Fstr.	M. 2 85
Shawllänge 3,20 Mtr.	pro Fstr.	M. 4 35
Imit. Point-lace-Gardinen,	pro Fstr.	M. 5 85
Eleg. Secessions-Tüll-Stores		M. 1 75
Gestickte echte Spachtel-Stores		M. 7 85
Goldfarbige reichgestickte Band-Stores		M. 3 85
Tüllbettdecken. Grösse 140/220 cm		M. 2 35
Reichgest. Erbstüll-Bettdecken		M. 6 25
Elegante Tüll-Bettrückwände		M. 5 85

Brise, Bise (Scheibenschleier) Stück 0.22 Pf. (Wert 0.50 Pf.)

Gardinen-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin-Süd. Seit 1882
nur Oranienstr. 158
Unterhalte nirgends Filialen!
Nach auswärts per Nachnahme.
Inventur-Extraliste
billiger Sonderangebote *
gratis u. franco.

GRAND — WELTAUSSTELLUNG

J. Groschkus

Hoffischlermeister
Sr. Maj. d. Kaisers u. Königs u. Ihr. Maj. d. Kaiserin u. Königin
Verkaufshaus **Berlin NO.** Fabrik u. Comtoir
Landsbergerstr. 25-26. **Gollnowstraße 19-20.**
Wohnungs-Einrichtungen, Innen-Ausbauten
von der einfachsten bis zu der elegantesten Ausführung.
Vier Zimmer von Mk. 3000,— an. • Zur Besichtigung meines reichhaltigen Lagers, ohne Kaufzwang, lade ich bei Bedarf sehr ergebenst ein.

PRIX — Z. PARIS 1900

Siemens-Tantallampe

Elektrische Spar-Glühlampe
Siemens & Halske A.-G.
Glühlampenwerk, Charlottenburg

D. R. G. M. Lizenz
in ca. 50 Städten mit nachweisbarem Erfolg eingeführt, abzugeben. (Plakat-Reklame.) Herren mit ca. 2—3 Mille können jährlich dasselbe verdienen, auch als Nebenerwerb. Off. erb. unt. **L. 2391** an **Haasenstein u. Vogler A.-G., Frankfurt.**

Kinderkleider
sucht eingeführtes Etag.-Geschäft vorläufig in Kommission zu nehmen. Off. **J. K. postlagernd 16.**

Commissions- und Agenturgeschäft
in **Gleiwitz**, mit Verbindungen in ganz Schottland und Irland, sucht mit Fabrikanten und Exporteuren behufs Uebernahme von Vertretungen in Verbindung zu treten. Prima Referenzen. Offerten unt. **J. R. 6808** an **Rudolf Mosse, Berlin SW.**

Tischlerei sucht noch für 6 Bänke Beschäftigung in Bau oder Möbel. Offerten **L. Z. 10,** Postamt 9, **Berlin.** Für Nachweis zahle ev. Provision.

Patent
einer neuen, konkurrenzl. Universal-Dünger- und Kalk-Streumaschine, direct v. Erfinder (Landm.) preiswert zu **verk.** Off. erb. unt. **J. V. 8403** Exped. dies. Blattes.

Anständigen lohnenden Artikel **Alleinvertrieb** zum ... durch Reklame, kein Reisen, von erster Hand auf eigene Rechnung von **kapitalkräftigem Herrn** gesucht. **Domizil Leipzig.** Gefl. Angeb. nur der Annonce entsprechend unter **L. L. 7001** an **Rudolf Mosse, Leipzig.**

Schwache Männer
sollten keinen Augenblick zögern, sondern sofort **„Fortisin"** nehmen. Glänzende Resultate! **Sofortige Wirkung!** Garantiert unschädlich. Nähere Auskunft gratis.
K. Schünemann, Berlin 101.
Friedrichstr. 5. *

Damen finden diskr. Aufnahme, Pension u. Entb., kein Heimatbericht, bei gebild. Hebamme. **Ww. Müller, Berlin W.,** Genthinerstr. 24, I. *

Ein wahrer Schatz
für alle durch jugendliche Verirrungen Erkrankte ist das berühmte Werk:
Dr. Retau's Selbstbewahrung
St. Aufl. Mit 27 Abbildungen. Preis 3 Mark. Lese es Jeder, der an den Folgen solcher Laster leidet. Tausende verdanken ihm ihre Wiedergesundheit. Zu beziehen durch das Verlags-Magazin in Leipzig, Neumarkt 21, sowie durch jede Buchhandlung.

Platz-Vertreter.

Leistungsfähige Fabrik für bestimmte Innendecoration sucht für sofort
Vertreter
für Berlin. Berücksichtigung finden nur Herren, die in dieser oder verwandter Branche mit grossem Erfolg tätig sind. Offerten unter **J. L. 6803** an **Rudolf Mosse, Berlin SW.** erbeten.

Firma Niederschlesiens, die eine grosse Zahl Gastwirte besucht, wünscht die
Vertretung leistungsfähiger Firmen,
welche für die **Gastwirtschaft einschlägige Artikel** jeglicher Art herstellen, zu übernehmen.
Offerten unter **B. W. 3558** an **Rudolf Mosse, Breslau.** *

Seltene Gelegenheit für tüchtigen Vertreter.

Für die grösste Schweizerstickereifabrik mit prima Collectionen für Fabrikanten und Warenhäuser wird ein wirklich tüchtiger, erfahrener Vertreter gesucht. Herren, die über gründliche Branchekenntnisse und einen ausgedehnten Kundenkreis verfügen, wollen Offerten an Stickerei Feldmühle Rorschach (Schweiz) einreichen.

M. 10,000,— bar
zahlt ein gebildet., geschäftsgewandter, tücht. Kaufmann demjenigen, welcher ihm eine wirklich erstklassige
Vertretung
verschafft.
Suchender, seit 8 Jahren Prokurist eines angesehenen Fabrikationsgeschäftes, ist evtl. bereit, sich einige Zeit ohne Vergütung entsprechende Vorkenntnisse anzueignen.
Off. erbeten unter **J. J. 8393** an **Rudolf Mosse, Berlin SW.** *

London.
In Londoner Geschäftskreisen gut eingeführter Reisender wünscht noch einige leistungsfähige Firmen zu vertreten. Angebote erbeten an **Z. O. 918 Mess. Deacon's, Leadenhall St., London.**

Holzwarenfabrik übernimmt Anfertigung u. Vertrieb kl. Massenartikels. **L. G.,** Postamt 33.

Von bedeut. Wiener Haus wird ein bei Spiel- u. Kurzwarenhändlern, vor allem aber b. Instrumentenhändlern bestens eingeführter
Vertreter
für Wilhelm Thie's Mundharmonikas (nur erste Qualität) gegen Provision für Berlin u. Umgebung gesucht. Mundharmonikaspieler bevorzugt. Off. u. **W. N. 1572** an **Rudolf Mosse, Wien I.** Seilerstätte 2.

Feuerversicherung.
Vornehme deutsche Gesellschaft **sucht** für Groß-Berlin strebsame **Agenten** unter Gewährung hoher Provisionen u. event. bei befriedigenden Leistungen monatlichen Bureaukostenzuschuß. Off. u. **J. L. 475** an d. Exped. d. Bl. *

Consulat
zu vergeben. Offert. unt. **J. K. 432** Hauptexped. des Berl. Tagebl.

Agenten,
nur in Städte, von renommierter **Lederfabrik** gesucht, welche bei den Detailgeschäften in **Bayern, Schlesien, Posen, Ost- und Westpreußen gut eingeführt sind.**
Briefe an **Rudolf Mosse, Magdeburg** unt. **A. M. 247.** *

Filialleiter,
erf. Kaufm., mos., gef. Alters, m. erw. wachs. Kindern, sucht bessere Filiale ob. gute Vertret. Heirat nicht ausgeschl. Off. unter **G. L. 45 Postamt 33.**

Londoner Kaufmann,
welcher demnächst nach Berlin kommen wird, **wünscht** einige **erstklassige Vertretungen**
für England zu übernehmen.
Gefl. Anfrag. an **T. Fanar & Co.,** 35, Common Street, London E. C.

Wer liefert Creosotnatrium oder Creosotölnatron
zum Imprägnieren von **Grubenhölzern** i. P. v. 10—12 dopp. Ladungen p. anno? Angebote nebst billigst. Preis unt. **J. K. 6761 Exp. d. Bl.**

Für Reg.-Bez. Magdeburg resp. Prov. Sachs. sucht bemitt. rent. Kaufmann
Vertretung
eines leistungsfähigen
Eisenwerkes
(Lagerraum vorhand.) sowie einer **gröss. Hypothekenbank.**
Off. erb. unt. **G. 93** an **G. Clemens, Annonc.-Exped. Schönebeck,** Elbe. †

Erfahrener, rühriger Kaufmann, 39 J. alt, sucht die
Generalvertretung
(Repräsentationsposten) für **Süddeutschland** für ein gut eingeführtes, leistungsfähiges Haus gleich welcher Branche (Verfich. ausgeschl.) evtl. mit Commissionslager u. Inkasso zu übernehmen. Kaution kann in beliebiger Höhe geleistet werden.
Off. u. **F. F. 4126** an **Rudolf Mosse, Freiburg i. B.**

Mechanische Wäsche- u. Arbeiterkleiderfabrik, welche als Specialität blaue Sachen fabriziert, verbunden mit Strumpfstrickerei,
sucht
für **Berlin** und **Umgegend** einen tüchtigen und bei der besseren Kundschaft gut eingeführten
Vertreter.
Ausführliche Offerten unter **K. O. 9585** an **Rudolf Mosse, Cöln.**

„Posamenten."
Kaufmann, seit 16 Jahren in der Posamentenbranche tätig, mit den Fabrikanten und Verlegern des Erzgebirges bestens bekannt, **sucht den Einkauf für ein größeres Posamentenhaus provisionsweise zu übernehmen.** Gefl. Offerten an **Rudolf Mosse, Berlin SW.,** unter **J. R. 8316** erbeten.

Buchdruckerei gesucht,
in Berlin oder Vorort, die guten Kundenstamm von eingegangener Druckerei weiter bedient. Früherer Inhaber besucht die Kundschaft. Gefl. Off. unt. **E. B. 1406** an **Fil.-Exp., Prinzenstr. 41.**

Galanteriewaren-Neuheit.
Wer nimmt reiz. Artikel m. a. Reise, ev. auch auf **Leipz. Messe?**
Oskar Erdner, Mülheim-Rhein.

Wir haben an tüchtigen, möglichst branchekundigen Herrn unsere
Generalvertretung
für Norddeutschland mit dem Sitz in Berlin oder Leipzig zu übergeben.
Gefl. ausführliche Offerten von nur wirklich tüchtigen, energischen Herren erbittet
Duplex Printing Press Company Zürich
Druckmaschinenfabrik. *

Vertreter sucht
„Teutonia", chem. Fabrik giftfreier Farben für Nahrungsmittel, sowie Oele und Essenzen,
bei hoher Provision
für ganz Norddeutschland sofort.
„Teutonia", Breslau X.

200 bis 300% Verdienst.
Epochemachende Erfindung, sehr gesuchter Artikel, mehr als 20 Jahre arbeiten viele Chemiker, es zu erfinden. Zur Fabrikation gehören nicht viele Mittel, Abnehmer nur große Fabriken. Die Erfindung soll verkauft werden. Off. u. **U. D. 7962** an **Rudolf Mosse, Halle a. S.**

Bau von **Maschinen** und **Apparaten compliziertester** oder **schwieriger** Construct. übernimmt **Max Schubert,** Maschinenfabrik, **Cottbus.** *

Bordeaux-Weine direkt von der Quelle, das Faß ca. 225 Lt., von Mk. 75,00 an, off. mehrere Winzer. **Vertreter gesucht.** Anfragen gefl. **H. H.** 5 rue du Temple, Bordeaux.

Leistungsfähige
Kupferwarenfabrik,
Spezialität Hotel-Kücheneinrichtungen gediegener Kochgeschirre und Formen, sucht **für Berlin** bestens eingeführt, tücht.
Vertreter.
Gefl. Offerten unter **J. D. 8020** an **Rudolf Mosse, Berlin SW.**

Vertretungen

Eine in Italien sehr gut eingeführte und in **Rom** ansässige deutsche Firma, **deren Vertreter zur Zeit in Berlin ist,** sucht noch die Vertretung einiger leistungsfähiger Häuser, speziell der Papier- und graphischen Branchen. Gefl. Offerten unter **T. 3562** an **Haasenstein u. Vogler A.-G., Berlin W. 8.**

Geschäftsherren, Reisenden u. Agenten kann das Aufsehen erreg. Buch
Reise-Kniffe
zu ungeahnt. Erfolgen verhelfen. Heutzutage muß der Geschäftsreisende im besten Sinne des Wortes **„gerissen"** sein, oder er wird durch die Konkurrenz zur Seite gedrückt und kann sich als Stümper begraben lassen. Den meisten Herren fehlt weniger das nötige Talent als die richtige Anleitung. Meistens sind es gewisse unbezahlbare **Vorteile und Kniffe,** die dem rent. Reisenden den Erfolg sichern. Preis broschiert Mk. 2,50, elegant geb. Mk. 3,50 (auch Briefmark.). Nachnahme 20 Pfg. mehr.
K. Held, Rixdorf, Emserstr. 96/97. *

Patentanwalt
E. G. Prillwitz
Berlin NW. 21, Thurmstr. 34. *

Lizenz,
D. R. G. M. **Cigarrenspitze als Cigarrenreinschneider,** großartiger Massenart. f. Raucher. Bezirksweise zu vergeben. Gefl. Offert. an **Rudolf Mosse, Köln** unter **K. L. 9626.**

Für
Barmer Partieen
in Berlin und größ. Provinzialstädt. tücht., sol. Vertreter gef. Offert. unt. **40508** bef. die **Annoncen.-Exped. A. Baumgarten, Barmen.**

Vertreter
oder **Wiederverkäufer** für **Handseifenpumpen** und **Diaphragmapumpen** von größerer leistungsfähiger Fabrik gesucht.
Offerten unter **E. 262 F. M.** an **Rudolf Mosse, Mannheim** erbeten.

Wer liefert electr. Apparate zu Heilzwecken
(Selbstbehandlung) an Wiederverkäufer? Gefl. Offerten unter **B. M. 214** an **Rudolf Mosse, Basel (Schweiz).**

Holland.
Ein erstklassiger Agent in der Damenmäntel-Branche, wohnhaft in Amsterdam, mit großer guter Kundschaft und nachweisbar sehr bedeutendem Umsatz, **sucht die Vertretung** einer leistungsfähigen prima Firma. Briefe erbeten unter **K. F. 9621** an die Annoncen-Exped. **Rudolf Mosse, Berlin SW.** *

Für den provisionsweisen Verkauf sucht sächsische Schuhfabrik, die nur Maschinarbeit bester Qualität und feinster Ausführung herstellt, baldigst
gut eingeführten Vertreter für Berlin.
Angebote mit Referenzen und Bedingungen unter **L. B. 1454** an **Rudolf Mosse, Leipzig.** *